

Berlin, 26. Februar 2018
mil/sö-fb



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

Bundesvorstand

Erste Verhandlungsrunde öffentlicher Dienst ohne Ergebnis ver.di kündigt Warnstreiks an

Die erste Verhandlungsrunde für die rund 2,3 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei Bund und Kommunen ist am Montag (26. Februar 2018) ohne Ergebnis zu Ende gegangen.

5 „Wir wollen kräftige Lohnerhöhungen durchsetzen: Die Wirtschaft
spricht von „goldenen Zeiten“ und die öffentlichen Kassen erleben
sprudelnde Steuereinnahmen. Daran müssen auch die Arbeitnehmerin-
nen und Arbeitnehmer teilhaben, und nicht nur die Aktionäre“, forderte
10 **Frank Bsirske**, Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerk-
schaft (ver.di). Für März kündigte die Gewerkschaft Warnstreiks an. Die
Friedenspflicht endet am 28. Februar 2018.

Angesichts einer starken Konkurrenz um Fachkräfte müsse mehr getan
werden für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes, so Bsirske. „Gute
15 Arbeit muss gut entlohnt werden, wenn der öffentliche Dienst bei der
Werbung um gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Wirtschaft
mithalten will. Das wird nicht gelingen, wenn der öffentliche Dienst bei
der Tariflohnentwicklung hinter andere Branchen zurückfällt.“ Der
20 ver.di-Verhandlungsführer wies darauf hin, dass sich die Tarifparteien in
der ersten Runde ausgetauscht, aber nicht angenähert hätten. „Bund
und Kommunen profitieren stark vom Konjunkturboom, die Steuerein-
nahmen sprudeln, es ist also reichlich Geld vorhanden, um die Beschäf-
tigten des öffentlichen Dienstes angemessen für ihre gute Arbeit zu be-
zahlen“, so Bsirske.

25 ver.di fordert für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei Bund
und Kommunen sechs Prozent mehr Lohn und Gehalt, mindestens aber
200 Euro pro Monat. Gleichzeitig sollen die Ausbildungsvergütungen
und Praktikantentgelte um 100 Euro pro Monat angehoben werden.
30 Die Vorschrift, Auszubildende nach erfolgreich abgeschlossener Aus-
bildung zu übernehmen, will ver.di wieder in Kraft setzen. Die Laufzeit
des Tarifvertrages soll 12 Monate betragen. Der Bund wird aufgefor-
dert, das Verhandlungsergebnis zeit- und wirkungsgleich auf die
35 344.000 Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter, Soldatin-
nen und Soldaten sowie 182.000 Versorgungsempfängerinnen und
-empfänger zu übertragen.

Hinweis für die Redaktionen

40 *Termine der bereits vereinbarten Verhandlungsrunden:*
12./13. März 2018 in Potsdam
15./16. April 2018 in Potsdam

MEDIENINFORMATION

V.i.S.d.P.:
Daniela Milutin
Pressesprecherin
Leiterin der Pressestelle
ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1010
und -1012
Fax: 030/6956-3001

E-Mail:
pressestelle@verdi.de